LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/2874

A12, A05

ver.di Landesbezirk NRW – FB 8, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf

Landtag NRW
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft - ver.di
Landesbezirk NRW
Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie
Karlstraße 123 - 127
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 6 18 24-0
Telefax: 01805/837343-23073

Datum	30.07.2020
Ihre Zeichen	
Unser Zeichen	
Durchwahl	- 335
Email	nicole.fritsche-schmidt@verdi.de

Stellungnahme Erster Staatsvertrag zu Änderung medienrechtlicher Staatsverträge

Sehr geehrter Herr Keymis, sehr geehrter Herr Dr. Optendrenk,

die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di NRW nimmt gern die Gelegenheit wahr, zum ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienstaatsvertrag) Stellung zu nehmen. Wir begrüßen grundsätzlich, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder auf eine Neufestsetzung der Höhe des Rundfunkbeitrages verständigen konnten. Diese Entscheidung ist überfällig. Sie schafft nach monatelanger politischer Diskussion zumindest ein wenig Klarheit, nicht zuletzt für die Beschäftigten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Allerdings können wir nicht verhehlen, dass wir von einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags um faktisch nur einen Cent enttäuscht sind. Diese verhindert lediglich, dass die Sender noch weiter geschwächt werden. Sie reicht unserer Meinung nach aber in keiner Weise aus, um sicherzustellen, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio auch in Zukunft ihrem Programmauftrag nachkommen und die anstehenden Herausforderungen bewältigen können, etwa die Entwicklung zeitgemäßer digitaler Angebote. Gerade dies ist jedoch dringend notwendig, um auf die Veränderungen des Mediennutzungsverhaltens reagieren zu können und die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender auch für ein junges Publikum attraktiv zu gestalten.

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, wie unverzichtbar der öffentlich-rechtliche Rundfunk besonders in Krisensituationen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. In Zeiten von Hetze und Falschmeldungen, angesichts zunehmender Angriffe auf die Pressefreiheit sowie besorgniserregend abnehmender Medienvielfalt stehen gerade die Öffentlich-Rechtlichen für journalistische Unabhängigkeit. Dies macht es unserer Auffassung nach erforderlich, dass die Politik dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die angemessene Bedeutung zumisst, auch finanziell. Wir brauchen ein klares Bekenntnis aller demokratischen Parteien in den Landesparlamenten, auch in Zukunft für einen in jeder Hinsicht starken öffentlichen-rechtlichen Rundfunk zu sorgen, der für Zusammenhalt und Vielfalt steht. Alles andere wäre fatal für die Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Freitag
Landesbezirksfachgruppenvorstand dju in ver.di